

### Polen - Litauen

Polen sagt nein

T. Genf, 13. Juli. (Sig. Draht)

Die litauische Regierung hat am Freitag den ihm von der litauischen Regierung gestellten Vertragsentwurf Litauens an Polen sowie ein Schreiben des polnischen ständigen Delegierten beim Völkerbund veröffentlicht. Es handelt sich um den bekannten litauischen Vertragsentwurf, der von Polen das Zugeständnis verlangt, daß die Vilnafrage auf Grund des russisch-litauischen Friedens von 1920, der Vilna Litauen zuspricht, bereinigt werden müsse. Die bisher unveröffentlichte Antwort des polnischen Delegierten wird in der weiteren Behandlung der litauisch-polnischen Frage durch den Völkerbund eine große Rolle spielen. Der polnische Delegierte betont, daß der litauische Vertrag die Unverletzbarkeit des polnischen Gebietes angreife, daß er die Entscheidungen des Völkerbundes und des Völkerkongresses über das Vilnagebiet in Frage stelle und einer litauischen Weigerung, mit Polen einen Nichtangriffs- und Schiedsvertrag zu schließen, gleichkomme. Der litauische Vorklage fordere im Gegenteil von Polen die Aufhebung des militärischen Schutzes einer seiner Grenzen (der litauische Vertrag fordert die Demilitarisierung des Vilnagebietes bis zur endgültigen Entscheidung), mache die direkte Post- und Eisenbahnverbindung zwischen Polen und Litauen unmöglich, treibe jeden Kontakt der Bevölkerung eines Teiles von Polen - gemeint ist immer das Vilnagebiet - mit Litauen auf und fordere die Entschädigung vom polnischen Staat.

Polen ist der Meinung, daß ein solcher Vertrag der Staatsrevolution vom 10. Dezember 1927, ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Ländern beraubte, jede Ver-

entziede und teilt mit, daß die polnische Regierung inoffiziellen den Vorschlag des Litauers nicht beabsichtigt sein könne. In Wirklichkeit verfolge Litauen das Ziel, die unübersteigbare Barriere zwischen den beiden Ländern zu beseitigen. Um seinen Versuch zu einer Verständigung zu unterlassen, werde Polen trotzdem die im Völkerbund begonnenen Verhandlungen mit Litauen fortsetzen.

### Spaniens Wiedereintritt in den Völkerbund

D. Berlin, 14. Juli. (Sig. Draht)

Das Pariser Journal meldet aus Madrid, daß der Wiedereintritt Spaniens in den Völkerbund auf der nächsten Tagung des Völkerbundes im September nunmehr endgültig beschlossen sei. Spanien werde sich auf der Ratstagung durch eine Delegation in Berlin, London und Brüssel vertreten lassen.

### Gegenoffensive im Elsaß

P. Paris, 14. Juli. (Sig. Draht)

Die Gruppe der patriotischen Elsaßler, die sich aus autonomen Vaganten rekrutieren soll, hat nunmehr eine Gegenoffensive gegen die Autonomistenbewegung begonnen. Weshalb wurden in 700 Gemeinden des Nutor- und Oberelsaß Plakate angebracht, in denen die Anticongressen Frankreichs für die wirtschaftliche und soziale Verbesserung des Elsaß ins ausschließliche Licht gerückt werden. Weiter wird erklärt, daß die Autonomistenbewegung keinen französischen Boden habe, hinter ihr verberge sich das Verlangen nach dem Völkerbund oder die Erwartung einer blutigen bolschewistischen Revolution. Die autonomen Propaganda muß also, im Interesse des Elsaß und des europäischen Friedens, erstickt werden.

Die Annahme entspricht nicht in allen Punkten den Forderungen der Sozialdemokratischen Partei. Insbesondere in es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, auch diejenigen zu umwerben, die aus sozialer Not mit dem Reich in Kontakt geraten sind. Der Reichstag hat auf sozialdemokratische Anregung aber wenigstens die Reichsregierung ermahnt, bei den Ländern dahin zu wirken, daß Personen, die aus wirtschaftlicher Not oder aus Anlaß des passiven Widerstandes straffällig geworden sind, bei der Ausübung des Wahlrechts in besonders wohlwollender Weise berücksichtigt werden.

Jedenfalls kann die Sozialdemokratie die Erbringung der Annahme als ihren Erfolg buchen. Die Partei hat im alten Reichstag ihr Wort gegeben, daß im nächsten Reichstag eine umfassende Annahme beschlossen werde. Sie hat dieses Wort im Wahlkampfe wiederholt, und die Partei hat ihr Wort gehalten.

### Reichsreformen

Das Reichsministerium befaßt sich am Freitag in eingehender Ausdehnung mit der Verfassung und Verwaltungsreform. Auf der Grundlage der Beschlüsse der Konferenz bestellte die Reichsregierung den Reichsminister des Innern als diejenige Stelle, die zur Durchführung von Vereinbarungen über das Angehen kleinerer Länder in Nachbarländer sowie für die Auslösung von Einflüssen und Erhalten in enger Abstimmung mit den Ländern anzuordnen, vermittelnd und auf Antrag der Beteiligten als Vermittlung tätig werden soll. Da die Berichte der vom Verfassungsreformauschuss der Konferenz bestellten Sachverständigen bereits vorliegen oder demnächst einlangen werden, hat die Reichsregierung die Einberufung dieses Ausschusses für etwa Ende September dieses Jahres in Aussicht genommen.

Die Beratungen des Kabinetts erstrecken sich außerdem auf eine Anzahl damit zusammenhängender Einzelfragen; auch hier kam das Kabinett zu der einstimmigen Auffassung von der Notwendigkeit der Förderung der Reichsreform.

### Die Bevölkerungsbewegung in Preußen

Die durchschnittliche Sterblichkeitsrate der preussischen Großstädte war im 1. Vierteljahr 1928 mit 18,7 v. T. erheblich höher als im 1. Vierteljahr des Vorjahres (16,7 v. T.) und im gleichen Zeitraum 1913 (16,6 v. T.). Die höchsten Raten hatten die Großstädte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, so Duisburg mit 24,4 Sterbefällen auf das Tausend der mittleren Bevölkerung, dann Bielefeld (19,48), Düsseldorf (18,7) usw. Demgegenüber weisen die Großstädte des ostpreussischen Industriegebietes eine verhältnismäßig recht niedrige Sterblichkeitsrate auf; so entfielen in Hindenburg 17,2, nur 1,8 Sterbefälle auf das Tausend der mittleren Bevölkerung, in Glatz sogar nur 8,29. Die durchschnittliche Sterblichkeitsrate des Reichs im 1. Vierteljahr 1928 war mit 18,86 v. T. um ein Übermaß höher als die des gleichen Zeitraumes des Vorjahres (18,70 v. T.), was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Zahl der zu berücksichtigenden Städte von mehr als 1000 im Vorjahr nur auf drei vermehrt hat, und gerade diese im Durchschnitt eine recht hohe Sterblichkeitsrate aufwiesen. Aber auch bei Fortlassung dieser drei Städte ist die durchschnittliche Sterblichkeitsrate des Reichs im 1. Vierteljahr 1928 höher als die des gleichen Zeitraumes des Vorjahres. Im Gegensatz dazu hatten gerade die vorerwähnten Städte Berlin und Köln eine Geburtenzunahme. Die niedrige Geburtenrate hatte Berlin mit 10,94 v. T. — Die Sterblichkeit war mit einer durchschnittlichen Rate von 18,46 v. T. erheblich geringer als in den gleichen Zeiträumen von 1927 (14,59 v. T.) und von 1913 (16,50 v. T.). Zu beachten ist jedoch, daß das 1. Vierteljahr 1927 zufällig eine sehr hohe Sterblichkeit hatte. Wird statt dessen die mittlere Sterblichkeitsrate der 1. Vierteljahre 1926 bis 1927 (bereits 18,49 v. T.) zum Vergleich genommen, so zeigt sich, daß die Sterblichkeit des Berichtsjahres nicht wesentlich abweicht.

Die Säuglingssterblichkeit war im Berichtsjahr nicht sehr günstig. Am Durchschnitt der Städte kamen auf 100 Lebendgeborene im Jahr berechnet, 11,1 Sterbefälle von Säuglingen, während in den gleichen Zeiträumen 1927 10,7, von 1926 10,2 und von 1913 13,1 Säuglinge starben. In einigen Städten erreichte die Säuglingssterblichkeit eine außergewöhnliche Höhe, so in Altona 37,7 Prozent, in Hamburg 18,9 Prozent und in Danzberg 16,5 Prozent. Altona führt diese Steigerung auf ein Sterben vieler Säuglinge an Magen- und Darmstörungen infolge schlechten Trinkwassers zurück, während in Hamburg die dort besonders im Januar hervorbrechende Säuglingspest die Ursache der hohen Sterblichkeit ist. Der mittlere Geburtenüberschuss der Großstädte war im Berichtsjahr mit 6,41 v. T. nicht wesentlich größer als der des gleichen Zeitraumes des Vorjahres (4,11 v. T.), was hauptsächlich auf die geringere Geburtenrate zurückzuführen ist. Gegenüber dem gemachten Überhang des ersten Vierteljahres 1913 (12,7 v. T.) liegt er jedoch weit zurück, da er von diesem nur 44 Prozent beträgt. Der Überschuss hatten im Berichtsjahr sogar einen Geburtenüberschuss, im Berichtsjahr war er in Berlin, wo 2507 Personen (— 2,46 v. T.) mehr gestorben als geboren wurden.

### Paris feiert

Anlässlich des französischen Nationalfeiertages zur Erinnerung an die Gründung der Nation am 14. Juli 1789 begannen bereits am Freitag abends in Paris von allen Plätzen die Straßen zum Tanz anzufachen. Am Sonnabend, dem eigentlichen Feiertag, wird die Stadt die ganze Nacht hindurch in ein einziges Festgelächter verwandelt sein, auch am Sonntagabend sollen die Langspalten noch die Straßen schreien. Die Stadt ist bereits reichlich geflaggt; zahlreiche öffentliche Gebäude schmücken am Sonnabend. Außerdem werden an vielen Orten Feuerschiffe abgebrannt. Die Stadtverwaltung von Paris veranstaltet zahlreiche Feste.

## Musik im Reichstag

10. Sitzung vom 13. Juli, 11 Uhr vormittags

Vor Eintritt in die Tagesordnung leitete Präsident Lohse mit, daß sich ein Ausschuss für Verbesserungen gebildet und den Abg. Schradt (Soz.) zum Vorsitzenden gewählt hat.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage zur Unfallversicherung. Daraus sollen in die Unfallversicherung eingeschlossen werden der Feuerwehrdienst, das Personal der Krankenhäuser und Pflegeanstalten, naturwissenschaftliche und technische Laboratorien, der Betrieb der Schauspielunternehmungen, der Schauspielereien und der Lichtspielbetriebe.

Abg. Franz Schradt (Soz.) begrüßt die Vorlage und wünscht ihre Ausdehnung auf weitere Kreise des Pflegepersonals, auch für die Schwestern und Kerkze. Die Gehaltsgrenze von 8400 M. sollte gestrichen werden.

Abg. Frau Arendt (Komm.) bezeichnet die Vorlage als unzureichend. Die Kommunisten verlangen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Berufsleute. Die Vorlage wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es gelangen dann zur Beratung die Entwürfe der Deutschen Volkspartei, des Zentrum und der Bayerischen Volkspartei über die Durchführung des landwirtschaftlichen Reformprogramms.

Abg. Schmidt (Komm.) erklärt, es dürfe nicht die Aufgabe des Reiches sein, die vertriebenen Genossenschaften des Reichslandbundes ohne Ausnahme zu sanieren. Erst wenn der Reichslandbund sich verpflichtet, seine Genossenschaften zu liquidieren und seine neuen mehr zu gründen, könnte man daran denken, im Interesse der Bauernschaft einigen Genossenschaften aufzuhelfen.

Abg. Stubbendorf (Dnt. Vp.) verlangt wirksame Fortführung des Reformprogramms. Von einer Verzögerung der großen zum Schaden der Kleinbauern könne keine Rede sein.

Reichsfinanzminister Dietrich Mittel, förmliche Anträge einem Ausschuss zu überweisen, der alle landwirtschaftlichen Fragen, auch die der Landarbeiter, behandeln dürfte. Wichtige Punkte in den vorliegenden Entwürfen seien bedenklich. Im Ausschuss werde sich leichter eine Verständigung erreichen lassen als durch eine längere Debatte im Plenum.

Damit schließt die Aussprache. Angenommen wird der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einsetzung eines Ausschusses zur weiteren Durchführung des Reformprogramms.

Abg. Dreuwitz (Dnt. Vp.) teilt mit, daß die deutsche Bauernpartei jetzt mit der Reichspartei eine Fraktionsgemeinschaft bilde, also im Ausschuss vertreten sein werde.

Abg. Dr. Weill (Dnt. Vp.) bezeichnet den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Vermeidung der Arbeiten des früheren Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs.

Abg. Graf zu Reventlow (Komm.) bezeichnet die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses als den Versuch einer Rechtfertigung der Revolution.

Es sei eine nationale Schande gewesen, daß die Heerführer Hindenburg und Ludendorff sich von Juden im Ausgange vernehmen lassen mußten.

Präsident Lohse: Sie dürfen nicht die Vernehmung von Zeugen durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss als Schande bezeichnen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

### Der Kellogg-Pakt.



„Weine nicht, mein Sohn! Inländische Prägeeisen mit Aendergefeinten verbietet der Pakt ja nicht!“

Abg. Dr. Everling (Dnt. Vp.) bedauert, daß die Annahme nicht weitergegangen sei, vor allem in der Annahme der sogenannten Nemo-derbe. Die tatsächliche aus idealen Motiven gehandelt hätten und dann im Reich gelassen worden seien.

Abg. Giesche (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten und bezeichnet die Vorlage als unzureichend. Von den Sozialdemokraten wird ihm wiederholt geantwortet:

Wollt ihr denn die Vorlage ablehnen?

Die Erregung der Sozialdemokraten steigert sich bei den weiteren Angriffen des Redners. Mit lautem Geschrei wird von den Sozialdemokraten die Schlussforderung der Abg. Giesche aufgenommen, daß die Kommunisten dem Entwurf zustimmen würden.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt zur Geschäftsordnung: Die haben nach schweren Bedenken den vorliegenden Entwurf unterschrieben. Wir rechnen damit, daß wir uns unserer Unterschrift von den Kommunisten befreien werden. Doch die Beschimpfung eines beratigen Abgeordneten würde, wie wir es jetzt beim Austritt des Abg. Giesche erleben, haben wir nicht erwartet (Lobd. Zustimmung b. d. Soz.). Die sozialdemokratische Fraktion hätte das Haus, die Sitzung um eine halbe Stunde zu unterbrechen, damit unsere Fraktion beraten kann, ob sie unter diesen Umständen ihre Unterschrift unter dem Antrag aufrecht erhalten kann (Kand. b. d. Soz., Vorn b. d. Komm.). Gegen die Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten wird die Unterbrechung der Sitzung beschlossen. In der neuen Sitzung — die Pause hat sich auf 1 1/2 Stunden ausgedehnt — gibt

Abg. Dittmann (Soz.) folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich nach der Rede des Abg. Giesche, die mit Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie angefüllt war, die Frage vorgelegt, ob sie ihre Unterschrift unter der Vorlage aufrecht erhalten könne. Aus der Rede des Abg. Giesche geht hervor, daß diese Vorlage, die von der Sozialdemokratie angeblich gemeinsam mit den Parteien der Bourgeoisie vorbereitet sei, nach Ansicht der Kommunisten das Schlimmste zuzunehmende Proletariat enthält. Der Sozialdemokratie ist es darum zu tun, die wegen politischer Defekte in Ostpreußen Arbeiter zu befreien. Sie betrachtet die Annahmefrage nicht als Parteifrage. Die schändlichen Artikel, die der Abg. Giesche über das Giesche abgeben hat, finden ihre treffendste Widerlegung in der Tatsache, daß